

„Es wurden handwerkliche Fehler gemacht“

„Es wurden handwerkliche Fehler gemacht“ (/index.php/nachrichten/455-kifoeg-kirche-fdp-cdu-ruppert-gross-umstadt)



Politiker, Kirchenvertreter und Erzieherinnen diskutieren über's Kifög

Das Wort klingt sperrig, die Diskussionen darum sind es nicht. Mit Leidenschaft ist in den letzten Wochen um das Kinderförderungsgesetz in Hessen gestritten worden. Nun hat die schwarz-gelbe Landesregierung nachgebessert. Doch reichen diese Korrekturen aus, und sind die Betroffenen nun zufrieden? Darum ging es in einer Podiumsdiskussion, zu der die Evangelische Kirchengemeinde Groß-Umstadt eingeladen hatte. Rund 60 Interessierte, ein Großteil davon Frauen, kamen in das Gemeindehaus, um sich von den Moderatoren Pfarrer Arno Kreh und Pfarrer Dr. Stefan Heuser eine erste Orientierungshilfe geben zu lassen. Denn, und das wurde allen schnell klar, das Kifög ist komplizierter als es oft dargestellt wird. Klar ist nur, dass es am 1. Januar 2014 in Kraft treten soll.

Die Korrekturen betreffen vor allem die Zurücknahme der Gruppenstärke von 16 Kindern auf zwölf in Krippengruppen, das Streichen des Einsatzes von fachfremdem Personal sowie einen neuen Finanzierungsschlüssel in Teilbereichen. Der hessische FDP-Landtagsabgeordnete Wilhelm Reuscher aus Dieburg räumte überraschend ein, dass „handwerkliche Fehler beim Gesetz“ im Vorfeld gemacht worden seien.



Gleichwohl hätte man etwa mit der Anhebung der Pauschalsätze, so Reuscher, auf die heftige Kritik reagiert. Die Nachbesserungen überzeugten vor allem die Kita-Leiterin Anja Grabowski aus Klein-Umstadt und ihre Kollegen Ulrike Reichwein aus Groß-Umstadt jedoch nicht. Die beiden Erzieherinnen beklagen, dass auch der neue Gesetzesentwurf Mindeststandards unterlaufe. So würden Kitas auf dem Land vom neuen Entwurf betroffen. „Wenn das Gesetz so kommt, müssten wir 114 Stunden streichen, was einer Kürzung von 37,5% entspräche. Zwei Angestellte müssten dann gehen“, so Grabowski. Auch wird die pro-Kopf-Berechnung anstelle der Gruppengröße von den beiden Frauen kritisiert. Der Entwurf sieht vor, dass jeder Träger nur so viele Geld erhält wie er Kinder betreut. Diese Zahlen, so Frau Grabowski und Frau Reichwein, könnten sich im Laufe eines

Jahres ändern. Da müsste dann jedes Mal neu in der Einrichtung der Bedarf errechnet werden. „Ich bin keine Betriebswirtschaftlerin, sondern Erzieherin“, beklagte Frau Grabowski unter dem Applaus der Anwesenden. Auf eine ganz andere Problematik wie Sabine Herrenbrück, die Leiterin des Fachbereichs Kindertagesstätten in der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, hin. „Wir investieren als kirchlicher Träger pro Jahr rund 35 Millionen Euro in die Kinderbetreuung. Wir wissen nicht, was an Kosten in Zukunft auf uns zukommen werden, da die Kommunen und das Land über die Finanzlücken debattieren.“ Sie fühle sich als Träger daher oft zwischen Baum und Borke. Auf dieses Konnexitätsprinzip bezog sich Bürgermeister Joachim Ruppert aus Groß-Umstadt in seinem Beitrag. Dieses Prinzip regelt, welche Aufgaben und Finanzmittel die Kommune und welche das Land jeweils übernimmt. Beim Kifög wird um genau diese Zuständigkeit gerungen. Die Kommunen seien nämlich, so Ruppert weiter, vielerorts finanziell klamm und Kitaplätze teuer, die zurückgestellten Haushaltsmittel für diese Aufgabe deckten nicht mehr die Kosten. FDP-Mann Wilhelm Reuscher bemerkte dazu, dass das Land für die Kommunen "nicht alles regeln könne." Genau hier aber liege, so Pfarrer Heuser in seinem abschließenden Fazit, „der berühmte Teufel im Detail.“ Diesen konnte auch das Publikum in der anschließenden Diskussion nicht vertreiben. Nur eine Erkenntnis blieb nach zwei Stunden angeregter Diskussion: Die Debatte um das komplexe Kinderförderungsgesetz ist noch nicht vorbei.



Zuletzt aktualisiert: Sonntag, 28. April 2013 20:58